

„Im Hinblick auf die Washingtoner Konferenz, auf der über das Schicksal des Ruhrbergbaues entschieden werden soll, erachten es die Vertreter der Ruhrbergarbeiter als vordringlichste Pflicht, auf die Notwendigkeit der Wahrung der Interessen des deutschen Volkes am Ruhrbergbau aufmerksam zu machen. Der Ruhrbergbau muß das Herzstück der deutschen Wirtschaft in einem einheitlichen Deutschland bleiben.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Alle Bestrebungen, den Ruhrbergbau aufs neue unter die Herrschaft des deutschen oder aber des internationalen Monopolkapitals zu bringen, werden auf den entschiedenen Widerstand der ganzen deutschen Bergarbeiter und Angestellten stoßen.“

So, Genossen, denken die deutschen Bergarbeiter an Rhein und Ruhr über die Washingtoner Konferenz und über den sogenannten Marshall-Plan.

Genossen, am Beispiel der Kohle habe ich kurz aufgezeigt, wie wirklichkeitsfremd alle Pläne und die ganze Tätigkeit des bizonalen Wirtschaftsrates sind. Das ist auch gar nicht verwunderlich, denn seine Aufgabe besteht nicht darin, die Wirtschaft zu ordnen, sondern er ist das politische Organ zur Aufspaltung Deutschlands und soll der Wegbereiter einer westdeutschen bundesstaatlichen Regierung sein. Dieser bizonale Wirtschaftsrat mit seiner zusammengesetzten reaktionären Mehrheit steht in krassestem Widerspruch zu den Potsdamer Beschlüssen und bedeutet die größte Gefahr für die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, die auf der kommenden Außenministerkonferenz in London erörtert werden soll. In diesem bizonalen Wirtschaftsrat toben sich die reaktionären Elemente der CDU aus. Dort wollen sie ihre Politik im Interesse der deutschen Konzerne durchführen.

Ihre erste Handlung war, sämtliche Direktorenposten zu besetzen. Sie manövrierten dadurch die Sozialdemokratische Partei aus ihren Positionen heraus. Daraufhin ließ Dr. Schumacher aber erklären, daß die Sozialdemokratische Partei jetzt in Opposition gehe. Wir haben in diesem bizonalen Wirtschaftsrat jetzt den grotesken Zustand, daß durch die Erklärung Dr. Schumachers die Sozialdemokratische Partei gegen ihre eigene Politik in Opposition gehen will. Denn durch die Politik eines Teils der sozialdemokratischen Führung haben wir in der britischen und amerikanischen Besatzungszone eine derartige wirtschaftliche und politische Lage. Dr. Schumacher möchte hier einfach aus der Verantwortung fliehen. Das Oppositionsgerede Dr. Schumachers kommt immer dann, wenn die Lage sich verschärft und die